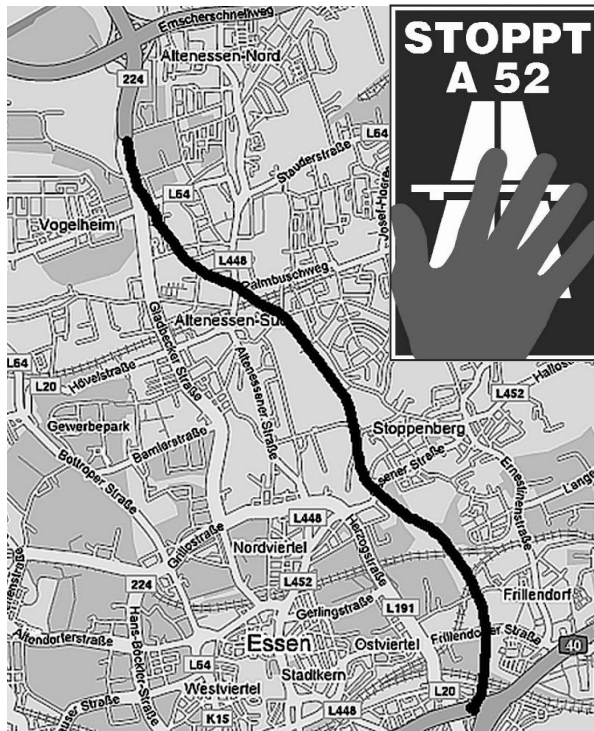


Gegen den Ausbau der A52

Die Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF im Rat der Stadt Essen veranstaltete am 13.10.2007 gemeinsam mit den linken Ratsfraktionen aus Gelsenkirchen, Bottrop und Gladbeck eine Fahrradtour entlang der geplanten Trasse der A52. Mit dem Bau der A52 soll rücksichtslos eine Schneise durch unsere Wohn- und Erholungsgebiete geschlagen werden. Hier wird wieder einmal über die Köpfe der Bürger hinweg am grünen Tisch entschieden.

Die Anbindung durch das zwischen Gladbeck und Gelsenkirchen gelegene Landschaftsschutzgebiet „die Heege“ ist auch keine Alternative. Bestimmte Kreise erwecken den Eindruck, dass die „Heege-Variante“ nur „nutzloses Ackerland“ betreffen würde. „Es ist aber eine Tatsache,“ so Ratsherr der DKP, Patrik Köbele, „dass durch den Bau einer solchen



Autobahn die „grüne Lunge“ und das Erholungsgebiet zwischen Gladbeck und Gelsenkirchen zerstört werden würde. Der vom Rat in Grundzügen beschlossene Flächennutzungsplan würde zu weiteren Verschlechterung beitragen.“

Der Autobahnbau wird allein im Essener Gebiet mindestens 10 Jahre dauern. Dies würde zusätzlich zum Dreck, Lärm und vermehrten LKW-Verkehr auch noch die Wohnqualität in den betroffenen Stadtteilen in Mitleidenschaft ziehen. Unsere Stadtteile würden zerrissen und der Helenenpark müsste geopfert werden. „Deshalb protestieren wir gegen den geplanten Weiterbau der A52, weil das für die betroffenen vier Städte und das gesamte Ruhrgebiet verkehrspolitisch der völlig falsche Weg ist“, so Ratsherr Patrik Köbele.

Sozialticket auch für Essen



Marion Köster
Mitglied des
Kreisvorstandes der
DKP Essen und
der Ratsgruppe bei
der DKP Essen

Viele Städte in NRW haben bereits ein Sozialticket! Es ist eine Fahrkarte für den öffentlichen Personennahverkehr zu einem erheblich verringerten Preis. Dieses Ticket soll den Hartz-IV-Empfängern und Menschen mit geringem Einkommen ihre Mobilität wiedergeben, die ihnen

durch Arbeitslosigkeit und die sogenannten Hartz-IV-Reformen genommen wurde. „Mobilität ist auch in unserer Stadt absolut notwendig, um sozialer Isolation und Ausgrenzung entgegenzuwirken“, sagt Marion Köster, von der Ratsgruppe

der DKP Essen. „Es muss aber darüber hinaus auch einen Sozialpass geben, der den Zugang zu Kultur- und Bildungsangeboten ermöglicht“, fordert Patrik Köbele, Ratsherr der DKP. Das Sozialticket kommt dabei auch den Kommunen zu gute, wie eine Fachtagung in Leipzig im Oktober mit Vertretern aus vielen verschiedenen Städten feststellte. Die Erfahrung aus Köln bestätigt dies. Dort bringt das Sozialticket den Verkehrsbetrieben jährlich 1 Mill. Euro zusätzlich. Auf der Tagung wurde eine Erklärung verabschiedet, die die Bürger in den Städten, in denen noch keine Initiative für ein Sozialticket besteht, aufruft, eine entsprechende Bürgerbewegung zu gründen. Damit sind wir auch in Essen aufgefordert, für ein Sozialticket aktiv zu werden. „Es gibt bereits in unserer Fraktion Die Linke/DKP/AUF Diskussionen darüber. Die DKP unterstützt alle Initiativen und wirkt in allen Bereichen, in denen sie tätig ist, aktiv mit, erklärt Patrik Köbele.

kurz & knapp

Masterplan Sport: Es wird weiter gekämpft

Das erste Treffen nach der Abstimmung zum Masterplan Sport, das am 18. Oktober im Vereinshaus Altenessen stattfand, beweist, dass hier weiter gekämpft wird. In erster Linie geht es hier um den Abriss der Twentmannhalle zu verhindern, der für 2008 vorgesehen ist.



Fete der Aktiven des Bürgerscheids

Bei einem Wahlergebnis von 50 000 bzw. 60 000 Ja-Stimmen sahen die Aktiven der Bürgerscheide keinen Grund, sich ins stille Kämmerlein zurückzuziehen. Die Essener DKP überreichte ihnen als Erinnerung und Glückwunsch eine Fotomontage die einige Aktivitäten dokumentiert.

„Die Interessen der Menschen sind mir wichtiger als Privilegien“

Als Rats Herr wurde Patrik Köbele von der Messe Essen eine „Ehrenkarte“ zugesandt. Köbele schickte sie unverzüglich wieder zurück. rotlicht sprach mit ihm über seine Beweggründe.



rotlicht: Patrik, als Rats Herr hat Dich die Messe Essen mit einer „Ehrenkarte“ bedacht. Was hat Dich dazu veranlasst, die Ehrenkarte nicht anzunehmen bzw. zurückzugeben?

Patrik Köbele: Ich bekam diese „Ehrenkarte“ unaufgefordert zugeschickt, die mich und eine weitere Person zum freien Eintritt in die Veranstaltungen in der Messe Essen berechtigen sollte. Solche Privilegien lehne ich ab. Ich habe die Messe Essen, die ja eine städtische Gesellschaft ist, aufgefordert „künftig auf den Versand von Ehrenkarten an Ratsmitglieder zu verzichten.“ Eine Antwort der Messe Essen habe ich nicht erhalten. Beides ist skandalös. Warum sollen Ratsmitglieder keinen Eintritt bezahlen und warum bekomme ich als Rats Herr noch nicht einmal eine Antwort?

Rotlicht: Warum lehnt Du solche Privilegien

ab? Schließlich ist es ja Gang und Gäbe in der Politik. Für Dich als Politiker müsste es doch normal sein, dass du Privilegien bekommst.

Köbele: Ich bin ja gewählt worden, um die Interessen der Menschen in dieser Stadt zu vertreten und nicht um Privilegien zu bekommen. Die Menschen in Essen haben ja auch keinen freien Eintritt in alle Veranstaltungen in der Messe, warum soll ich das haben. Wahrscheinlich ist so was zwar „Gang und Gäbe“, dann ist das umso schlimmer. Außerdem: Jedes Privileg hat auch was damit zu tun, dass man anfängt sich, um des Privilegs willen, anzupassen – ich will mich nicht anpassen. Die Interessen der Menschen sind mir wichtiger als Privilegien.

Millionengrab: Messe Essen

Die Messe Essen erwirtschaftet derzeit riesige Defizite. Es gibt keinen nachvollziehbaren Plan, aus dieser Situation herauszukommen. Die Stadt stopft diese Löcher aber regelmäßig. Zuletzt hat sie bedingungslos ein millionenschweres Grundstück an die Messe Essen übertragen. Das allein ist schon schlimm genug. Wir von der Fraktion Linke/DKP/AUF vermuten darüber hinaus, dass sich die Stadt mit dem Vertrag über ein „Cross-Border-Leasing-

Geschäft bezüglich der Messehallen für Jahrzehnte dazu verpflichtet hat, diese Löcher zu stopfen. Bei solchen Verträgen verkaufen Städte ihr Eigentum an US-Gesellschaften, um es dann zurückzuleasen. Meistens mit der Auflage, Instandhaltung und Pflege des verkauften Eigentums, also hier der Messehallen, für Jahrzehnte zu garantieren. Genau wissen das aber nur ganz wenige Eingeweihte, weil noch nicht mal der Rat der Stadt die Verträge ein-

sehen durfte – trotzdem wurde dem damals mehrheitlich „blind“ zugestimmt. Ein weiteres Beispiel dafür, dass neben der verfehlten Bundes- und Landespolitik, auch die Politik der Städte und Kommunen an ihrer eigenen Pleite eine Mitschuld trägt. Das ist ein deutliches Zeichen, dass bei der Politik der Mehrheit im Rat der Stadt nicht das Wohl der Menschen, sondern die Interessen von Konzerne im Mittelpunkt stehen.

Neues Kindergartengesetz bedeutet Bildung nach Kassenlage



Jutta Markowski arbeitet in der „Initiative Kinder brauchen Orte wie Horte“ und ist zuständig für Kinder- und Bildungspolitik in der Ratsgruppe bei der DKP.

Trotz der massiven Proteste wurde das neue „Kinderbildungsgesetzes“ (Kibiz) vom Landtag beschlossen. Doch die Proteste gehen weiter. Denn hinter dem schönen Namen verbergen sich Verschlechterungen für Kinder, Eltern und Erzieher. Nach dem neuen Gesetz müssen

die Eltern nach dem persönlichen Geldbeutel entscheiden, wie viel Bildung man sich leisten kann.

Die Eltern buchen für ein Jahr im voraus für ihr Kind 25, 35 oder 45 Stunden Betreuungszeit. Danach berechnet sich der Beitrag. Die Elternbeiträge werden insgesamt angehoben. Mit Einführung der Kopfpauschalen werden die tatsächlichen Personalkosten nicht gedeckt. Das führt zum Abbau von qualifiziertem Personal und Vollzeitstellen, zu Konkurrenz durch Tariffucht und Billigangeboten.

Hierzu Jutta Markowski von der Initiative „Kinder brauchen Orte wie Horte“:

„Dieses Gesetz wird uns als Bildungsoffensive verkauft, obwohl es zu einer Verschlechterung der Betreuung unserer

Kinder und der Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten in den Kitas führen wird. Spätestens nach der Einführung der Offenen Ganztagsgrundschule (OGS) wissen wir das zu gut.

In diesem Bereich zeigt sich, dass niemand mehr anstrebt, die guten Betreuungsstandards des Hortes zu erreichen, sondern es wird schlichtweg mit der Keule „Finanznot“ eine Kürzung nach der anderen durchgeboxt. Das Strickmuster ist also durchschaut. Nur massive Proteste werden diese Entwicklung stoppen.“

IMPRESSUM:

Herausgeber: Patrik Köbele, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen • Tel.: 0201/23 56 45
E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de
Druck: Druckerei Helmut Große, Gladbeck

Was sagt die DKP über Demokratie?

Bürgerentscheide in Essen haben die Demokratiefrage grundsätzlich neu aufgeworfen. Sie seien Elemente der direkten Demokratie, die von „unserem“ repräsentativen Demokratieverständnis wesentlich verschieden sei, lautete aus dem Wahlamt. Deshalb forderte man, das Quorum für Bürgerbegehren viel höher zu setzen. Dies würde freilich das Bürgerbegehren und folglich den Bürgerentscheid faktisch abschaffen. Die Kommunisten in unserer Stadt sind da anderer Meinung. Die Elemente der direkten Demokratie in unserem politischen System müssen so weit wie möglich ausgebaut werden, damit die Bürger an politischen Entscheidungen direkt mitwirken können.

Was ist repräsentative Demokratie?

Die repräsentative Demokratie kennen wir aus unserem politischen Alltag. Man geht alle 4 oder 5 Jahre zur Wahl und das war es dann im Grunde genommen. Die gewählten Politiker können schalten und walten, bis sie bei den nächsten Wahlen im Amt

bestätigt bzw. abgewählt werden. Dann wird dieselbe politische Maschinerie wieder in Gang gesetzt. So entscheiden z. B. lediglich 82 Ratsleute für fast 464.000 Wahlberechtigten in unserer Stadt für 5 Jahre ohne sie je wieder zu fragen. Sie entscheiden oft auch gegen den Willen und die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, die sie gewählt hat. In der repräsentativen Demokratie werden die Bürger also politisch passiv gestellt. Neuere politische Entwicklungen in unserer Stadt und NRW deuten darauf, dass die Stellung der Bürger sich noch mehr verschlechtert. Die Zahl der Ratssitzungen werden immer weniger. „Die politischen Entscheidungen werden mehr und mehr in inoffiziellen Kungelrunden getroffen, was einer zunehmenden Entmachtung des Rates gleichkommt“, so Patrik Köbele, Ratscherr der DKP.

Was haben die Kommunisten für ein Demokratieverständnis?

Patrik Köbele weiter: „Wir Kommunisten

wollen das grundsätzlich verändern. Wir sind für eine direkte Demokratie.“ In der Formulierung ihres Demokratieverständnisses berufen sie sich auf Wissenschaftler und Politiker wie Karl Marx, W. I. Lenin und Rosa Luxemburg. Sie haben aus historischen Erfahrungen die Schlussfolgerung gezogen, dass man unter Demokratie nicht nur Wahlen, Parlamente und darin getroffenen politischen Entscheidungen verstehen darf. Im Gegenteil: Demokratie ist den Kommunisten zufolge eine Lebensform, die sich auf alle Bereiche des menschlichen Lebens bezieht: Betriebe, Familie, Stadtteile, Bezirke, Kommunen usw. In all diesen Bereichen sollen alle betroffenen Menschen berechtigt sein, solidarisch und aktiv mitzuwirken. Sie müssen auch berechtigt sein, die von ihnen gewählten Vertreter zu jeder Zeit wieder abzuwählen, wenn sie nicht im Interesse der Bevölkerung handeln. „Das wollen wir Kommunisten durch unser politisches Engagement durchsetzen“, stellt Patrik Köbele schließlich fest.

Für Glaubensfreiheit gegen NPD-Faschisten

Die von der DITIB (Türkisch-Islamische Union) in Altendorf geplante Moschee beunruhigt die Öffentlichkeit, weil sie nicht richtig informiert, geschweige denn aufgeklärt wird. Die neonazistische Partei NPD will diese Beunruhigung für ihre rassistischen und menschenfeindlichen Ziele missbrauchen. Unsere Stadt ist schon immer von kultureller Vielfalt geprägt gewesen. Das ist eindeutig eine Bereicherung unseres Lebens. Es gab und gibt Kirchen und eine Synagoge und es gibt auch Menschen muslimischen Glaubens in unserer Stadt. Es ist deshalb nur folgerichtig, dass auch sie ihre öffentlichen Gebetsräume haben. Die Gleichheit ist ein universelles Prinzip, das auch für Muslime gelten muss. Deshalb kann die Losung gegen die rassistischen und faschistischen Umtriebe nur „Glaubensfreiheit für alle!“ lauten. Doch es geht dabei nicht einfach um eine Moschee, in der die Menschen sich zum gemeinsames Beten treffen möchten. Sie ist als ein „islamisches Integrationszentrum“ geplant. Es sollen dort auch diverse schulische Angebote wie Deutschkurse und Unterrichtsnachhilfe für türkisch stämmige Kinder geben.

„Das Thema berührt also die Grundfragen des solidarischen und friedlichen Lebens in unserer Stadt“, stellt Ratscherr der DKP Patrik Köbele fest: „Man darf sich nicht auf

den künstlichen Gegensatz „Ja“ oder „Nein“ einlassen. Es dürfen keine schnellen Entscheidungen getroffen werden, schon gar nicht hinter den Kulissen.“

Es muss zu aller erst ein von der Stadtspitze organisierter stadtweiter Diskussionsprozess in Gang gesetzt werden. Im Mittelpunkt müssen neben den allgemeinen Fragen zum Islam auch Fragen zur DITIB und zum Moscheeprojekt als „Integrationszentrum“ stehen. Was bedeutet z. B. die Trennung des Nachhilfeunterrichts der türkisch stämmigen Kinder von anderen Kindern? Fördert das nicht die Strukturen einer Parallelgesellschaft und steht es damit nicht dem Konzept Integration entgegen? Gehören darüber hinaus jene Punkte, die mit der religiösen Andacht unmittelbar nichts zu tun haben, in ein Moscheeprojekt? Dann müssen Fragen erörtert werden, die die DITIB betreffen. Sie ist eine Organisation des türkischen Staates, was man auch daran erkennt, dass das Grundstück und die Moschee Eigentum des türkischen Staates werden soll. Sie ist allein schon deswegen verpflichtet, die Interessen des türkischen Staates zu verfolgen, der für das friedliche Leben in unserer Stadt kaum einen angemessenen Blick hat. Wie steht z. B. DITIB zur Anerkennung anderer Nationalitäten und Minderheiten muslimischen Glaubens wie Kurden und Allevitin? Wie steht sie zu

anderen Religionen und den Menschen, die nicht religiös sind. Die Erörterung dieser Fragen wird zeigen, ob DITIB eine Integration fördernde oder hemmende Einrichtung ist. „Erst dann, wenn diese Fragen geklärt sind, darf über den Moscheebau endgültig entschieden werden“, erklärt Patrik Köbele weiter und ruft gleichzeitig alle Bürgerinnen und Bürger auf, an der Demonstration gegen die NPD am 8. Dezember teilzunehmen. „Unabhängig vom berechtigten Diskussionsbedarf stehen alle Bürgerinnen und Bürger in der Pflicht diesen Aufmarsch der Neonazis zu verhindern und damit deutlich zu machen, dass Essen sich querstellt gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus.“

Anzeige

Jetzt will ich auch

- mehr Infos über die DKP
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

Ausfüllen, ausschneiden & abschieken an:

DKP-Essen Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

www.dkp-essen.de • E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de

Die Kriminalgeschichte um STEAG schreibt sich fort!

Seit 1981 gibt es über die Fernwärmeversorgung einen Vertrag zwischen Steag (heute Evonik) und der Stadt Essen. In diesem Vertrag wird geregelt, unter welchen Bedingungen Steag die Fernwärmeversorgung in der Stadt vornehmen und ausdehnen kann. Steag hat nun die Ausdehnung der Fernwärmeversorgung auf Katernberg und Stoppenberg beantragt und droht der Stadt mit Rechtsmitteln, wenn die Stadtverwaltung dem Antrag nicht zustimmt. Gerade Steag, die von Oberbürgermeister,

CDU und SPD durch Verlängerung des Fernwärmevertrages mit bis zu 150 Mio. Euro für die nächsten 10 Jahre beschenkt wurde, will jetzt gegen die Stadtverwaltung mit Rechtsmitteln vorgehen. Die hohen Erwartungen des Oberbürgermeisters auf ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen diesem Konzern und der Stadt wurden nicht erfüllt. „Als ehemaligem Beiratsmitglied der Steag dürfte das dem Oberbürgermeister bewusst gewesen sein, als er in der Junisitzung dem Rat die Verlängerung des

Fernwärmevertrages mit der Steag empfahl. Denn auf diesen Vertrag stützt Steag ihren Rechtsanspruch auf Ausdehnung der Fernwärmeversorgung, Er hat damit die Interessen der Bevölkerung an einer hohen Einnahme und damit einer Verbesserung der Stadtfinanzen unklaren Erwartungen an den Konzern Steag geopfert.“ So Karin Schnittker, die Vorsitzende der DKP Essen: „Unsere Geschichte lehrt uns zu genüge, dass den Konzernen ihre Interessen alles, die Interessen der Menschen nichts sind.“

DKP Vorsitzende Karin Schnittker: „Die Interessen der Menschen in unserer Stadt dürfen nicht den Profitinteressen der STEAG geopfert werden!“

Die DKP Essen erstattete deshalb wegen Verdacht auf Veruntreuung Strafanzeige gegen Oberbürgermeister, die Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD (rotlicht berichtete). Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen eingestellt. Ihr zufolge ist nicht gesichert, dass durch die Verlängerung des Fernwärmevertrages der Stadt ein Vermögensnachteil entstanden ist. „Wir sind da ganz anderer Meinung“, sagt Karin Schnittker „und belegen diese Meinung mit den Zahlen zur Gewinnerwartung aus den Gutachten, die die Stadt selbst in Auftrag gegeben hat und die sie der Öffentlichkeit gerne vorenthalten hätte.“



Karin Schnittker (Mitte) bei der Aktion gegen die Schließung des Freibads Hesse in Borbeck

Auf Anfrage der Fraktion Die Linke/DKP/AUF bestätigte die Bezirksregie-

run, dass die Stadtverwaltung den Vertrag hätte kündigen müssen. „Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die desolante Haushaltslage der Stadt, die es grundsätzlich gebietet, alle sich bietenden Einnahmemöglichkeiten zu nutzen“, heißt es in dem Schreiben der Bezirksregierung. Dennoch kann man da offensichtlich juristisch nicht gegen vorgehen. Die Staatsanwaltschaft hat keine Beschwerde zugelassen. „Wir stellen also fest, dass das in unserem Land geltende Recht in letzter Instanz den Interessen der Konzerne dient“, so Karin Schnittker.

Anzeige

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP

UZ

Jetzt kostenlos 10 Wochen testen!

**Rote Fahnen
sieht man
besser!**

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de